

# **Imperialismus heute – Warum marktwirtschaftlich verfasste Gemeinwesen nach innen und außen auf Gewalt beruhen und immer wieder Krieg brauchen.**

## **0. Einleitung:**

Der Irak-Krieg läuft; Friedensdemos hören nicht auf. Menschen fordern in allen Ländern und Sprachen: Frieden statt Krieg. Sie machen zwischen beiden einen absoluten und radikalen Gegensatz: Frieden gut, Krieg böse und behaupten zwischen beiden lägen Welten. Sie behaupten oder fordern – was gar nicht dasselbe ist – dass Krieg kein Mittel der Politik sei, jedenfalls nicht sein dürfe. Sie verweigern dem Faktum, dass er nicht nur ein, sondern das – ultimative - Mittel der Politik ist, ihre Anerkennung; wie wenn, das Faktum zur Kenntnis zu nehmen, gleich seine Billigung wäre und dann Kriegskritik ihr Recht verloren hätte – und nicht erst recht eine viel weitergehende Kritik fällig wäre; –eine Kritik nämlich, die die Politik nicht vor dem Verdacht, Krieg könnte in ihren Bereich gehören, in Schutz nimmt, sondern sich einmal einen Schluss auf die Natur der Politik traut, wenn Krieg ihre Fortsetzung mit anderen Mitteln ist.

Der Ruf nach Frieden und nichts als Frieden ist nämlich eine Art, an einem irrgen Glauben an die Menschenfreundlichkeit und Gewaltfreiheit des marktwirtschaftlichen Alltags und des internationalen Staatenverkehrs im Nicht-Krieg festzuhalten, ja diese Normalität vor dem Verdacht in Schutz zu nehmen, den der Krieg auf sie wirft. Um diesen Punkt des Irrtums der Friedensaktivisten soll es hier gehen. Sie wissen und akzeptieren die Aussage der obigen Überschrift nicht.

## **A. Prinzipien einer imperialistischen Staatenwelt**

[Die folgende Argumentation aus: Die Diplomatie – Das Handwerkszeug der Konkurrenz zwischen Staaten, GegenStandpunkt 3/96. Nachlesen empfiehlt sich.]

### **I. Der Staat, noch ohne seine besondere, wirtschaftliche Staatsräson betrachtet.**

**Gewaltmonopol** – duldet keine selbständigen Mächte neben sich, lässt nichts Autonomes zu soweit seine Macht reicht. Unrelativiertes Kommando ist sein Mittel ein Gemeinwesen zu organisieren. Wenn ihm nichts mehr widersteht ist Frieden im Inneren; dann ist allen Bewohnern seines Reiches die Gewalt entzogen und bei der Hoheit konzentriert. Der innere Friedens ist leicht zu brechen – RAF, ETA, Balkan usw. – seine Herstellung und Wiederherstellung bringt seinen Charakter zur Anschauung: Blutig

Weil der Staat monopolistische Gewalt ist, hat er **ein grundsätzlich negatives Verhältnis nach außen**. Die unbeschränkte Gewalt sieht ihre Geltung negiert, sobald sie an eine ebenso unbeschränkte Macht stößt , sich durch sie beschränken lassen muss. Die andere Macht bestreitet die unbestrittene Geltung ihres Kommandos ebenso wie sie das der anderen.

Seine Begrenzung durch eine ihm gleich fremde Macht, also Grenzen lässt sich ein Staat nur bieten, wenn er muss. Die historische Herstellung der etwa der europäischen Staaten und ihrer Grenzen ist eine Kette von Kriegen. Dabei sind Grenzstreitigkeiten, Versuche der Vergrößerung des Raums der eigenen Macht trotz immer wieder anerkannter Grenzen keineswegs ausgestorben: Siehe Wiedervereinigung Deutschlands.

Eigenartig: Grenzen werden von allen Staaten bewacht, geschützt, verteidigt – Warum: eben weil dieselben Staaten sie angreifen. Allseitige Verteidigung ist ein Widerspruch.

### **II. Kapitalismus als Staatszweck**

Der moderne Staat nutzt seine Gewalt im Inneren zur Verordnung und Aufrechterhaltung der Herrschaft des Privateigentums – und seiner ökonomischen Betätigung: des Gelderwerbs und der Geldvermehrung.

- Das Recht auf ausschließende Verfügung über irgend ein Stück Welt (Boden, Häuser, Maschinen etc.) ist ein Gewaltverhältnis. Andere werden dadurch nämlich von dem ausgeschlossen, was sie für ihr Leben, für die ihnen notwendige Arbeit, ihre Bedürfnisse brauchen. Der Respekt vor dem Eigentum muss daher bleibend mit Gewalt erzwungen und aufrechterhalten werden.  
Auf Basis der Ausschließung soll und darf ein jeder sich um seine eigenen Geldinteressen, d.h. seinen Erwerb kümmern – durch Tausch: Wechselseitige Erpressung mit der Angewiesenheit des anderen auf mein Eigentum und was sich damit anstellen lässt; bzw. auf meine Dienste. Wer dabei immer gewinnt, ist eh schon klar. Auch dieser Verkehr der Eigentumsinteressen ist eine gewaltträchtige Affäre: Zivilrecht
- Mit ihrem allseitigen Konkurrieren ums Geld dienen die Bürger insgesamt der Geldvermehrung, auf die der Staat als ökonomische Grundlage seiner Macht scharf ist und die er daher mit seinen Mitteln fördert; mit Verordnungen seiner Macht und dem Einsatz der öffentlichen Finanzen: Es geht um Kapitalwachstum, speziell Finanzkapital, Steueraufkommen, Härte und Masse des nationalen Geldes.
- Im Bemühen, dem Geschäft immer mehr Wachstumsquellen zu erschließen, stößt der Staat auf sich selbst, d.h. auf die **begrenzte Reichweite seiner Macht als Wachstumshindernis**. (Historisch war die Antwort: Expansion, Kolonialismus)

Heute: Erschließung der Nutzungsmöglichkeit von Reichtumsquellen jenseits der Grenzen der eigenen Macht dadurch, dass ein Staat mit einem anderen Souverän darum ins Geschäft kommt. **Diplomatische Anerkennung zwischen Staaten: Eine positive Beziehung zum negativen Hindernis**. Akzeptieren, dass jeder Verkehr auf fremdem Territorium der Genehmigung des dortigen Souveräns bedarf – und dass der die nur erteilt, wenn er sich davon einen Nutzen für sich verspricht. Wieder lauert die Gewalt im zwischenstaatlichen Verkehr, auf der ja schon das Verhältnis der Souveräne beruht. Denn die Anerkennung wird ja nur als Hebel dafür gewollt, dass die andere Nation als das Hindernis der Benutzung durch sie aus dem Weg geräumt wird und die Bereicherung des einen am anderen Staat gelingt – also auch nur sofern das gelingt. Stets droht der Rückfall ins Verhältnis nackter Gewalt im Fall von Unzufriedenheit mit dem „Partner“. Immerhin verrät ja schon die Konzession, dass man von der anderen Seite nur verlangen kann, wozu man sie zu überreden vermag, dass es schwer auf die vergleichsweisen Instrumente der Erpressung ankommt, die jede der Seiten auffahren kann.

- Bei der Möglichkeit der Gegensätze bleibt es nicht. Denn das Eingehen auf das Interesse des fremden Staates nur, um es als Hindernis des eigenen aus dem Weg zu räumen, d.h. **das Ziel der Bereicherung des einen am anderen Staat schließt einen spiegelbildlichen Erfolg der anderen Seite aus**.

Der Staat bilanziert den Außenverkehr – und auch wenn Kapitalisten beider Handelspartner durch den Austausch Gewinn machen; selbst wenn beide Staaten dadurch mehr Wachstum haben als ohne den Austausch, kann nur ein Staat in Sachen Geld und Geldmacht gewinnen: Handelsbilanzen, Zahlungsbilanzen, Kapitalbilanzen – die sich wechselseitig durchkreuzen und kompensieren können, ergeben am Schluss immer: Devisenabfluss, Geldwertverfall für die eine Seite – tendenziellen Verlust der Fähigkeit sich durch den internationalen Verkehr am Ausland zu bereichern – und Devisenzufluss, zunehmenden Besitz von Geldforderungen ans Ausland, Zuwachs an Geldmacht auf der anderen.

Das Ergebnis dieses Verkehrs heute: Es gibt noch 3-5 global taugliche Nationalgelder; also auch nationale Kreditmacht in diesen wenigen Händen. Der Rest der kapitalistischen Welt ist auf deren Kredit angewiesen, muss deren Zinsansprüche bedienen und sehen, dass er nicht zum hoffnungslosen Schuldnerstaat wird. Es gibt also notwendigerweise jede Menge Stoff für Unzufriedenheit der Teilnehmer am internationalen Geschäftsverkehr mit den Partenstaaten, denen man Rechte auf dem eigenen Territorium eingeräumt hat.

### **III. Der zwischenstaatliche Verkehr: Verträge, Handelsorganisationen, internationales Recht**

Die Techniken der Austragung internationaler Interessensgegensätze stehen – wegen des Vergleichs mit ihrer ultima ratio, dem Krieg in einem sehr guten Ruf – So als seien sie die Alternative zur Anwendung von Gewalt und nicht ihr zweckmäßiger Einsatz. Eine sozusagen zivilisierte Form, Gewalt zur Ausgestaltung des zwischenstaatlichen Verhältnisses einzusetzen, damit sie auch ihren Nutzen erbringt – nämlich die Bereicherung am anderen Staat – und die nicht bei jedem Konflikt gleich wieder abbricht.

1. Der Vertrag, kommt nicht von „sich vertragen“. Ein Punkt der Übereinstimmung von gegensätzlichen Willen – do ut des; die Preisform des Verkehrs: Weil jede Seite die andere benutzen und Rechte auf Benutzung konzediert bekommen möchte, konzediert sie selbst welche. Nur um den anderen Willen zu binden, bindet sie sich. Das ist schon im Inland eine Gewaltaffäre: Verträge schließen ist leicht – jeder will ihre Erfüllung durch die andere Seite, und zahlt nur notgedrungen den Preis, die eigene Vertragserfüllung. Es braucht Gerichte, die über die Respektierung von Verträgen wachen und gegenüber den Parteien ihren Gehalt verbindlich auslegen.
2. Zwischen Staaten fehlt die Instanz, die Verbindlichkeit und Auslegung der Verträge gegen die Parteien garantieren würde. Sie halten sich nur solange daran, wie sie wollen. Das heißt nicht gleich nichts, denn die Vertragsstaaten haben mit ihrer Übereinkunft auch etwas bekommen, was sie wollen – und setzen ihrerseits mit einem Bruch oder Ausstieg aus einer Übereinkunft ihren Nutzen daraus aufs Spiel.

Allerdings haben sie auch genug Gründe zur Nicht-Einhaltung: Schließlich würdigen sie ihre Verträge im Licht der Leistung, die sie für ihre Nation bringen, und der Angewiesenheit auf die Konzession der anderen Seite. Unzufriedenheit mit einem Vertrag entsteht also nicht nur, wenn eine Seite durch den Verkehr, den der Vertrag eröffnet, immer ärmer wird; wenn sie also merkt, dass sie dem Partner viel zu viel Rechte auf dem eigenen Territorium eingeräumt hat. Ebenso unzufrieden wird die Seite, die das Geflecht von Rechten und Pflichten erfolgreich zu nutzen versteht: Sie stärkt sich am Geschäftsverkehr, macht die unterlegene Seite zunehmend von sich abhängig – und fragt sich daher, ob sie heute die Konzessionen an den Partner noch nötig hat, die gestern nötig waren.

3. Daher sind zwischenstaatlich Verträge Gegenstand eines ständigen Ringens um ihren Inhalt und ihre Erfüllung. Sie werden schon mit Revisionsklauseln abgeschlossen, weil man von einem wirklich freien Partner nicht verlangen kann, dass er Verträge erfüllt, die ihm nicht nützen. Im Fall von Unzufriedenheit zielen die Seiten darauf, eine neue Basis zu finden, auf der die gegensätzlichen Willen sich – ihrem neuen Kräfteverhältnis entsprechend wieder einig werden.

Dabei kommt immer die ganze Palette der Erpressung zum Einsatz: 1. Man gewährt dem Partner Nutzen und Vorteile und gewinnt ihn dadurch zu reziproken Konzessionen. 2. Man nutzt die Abhängigkeit aus, die der Verkehr, der auf Basis solcher beiderseitiger Konzessionen einreißt, stiftet; erinnert an den Nutzen, der auch entzogen werden könnte. 3. Der Übergang ist fließend: Man droht Schaden an, der aus dem Abbruch dieses, oder auch aller sonstigen zweiseitigen Benutzungsverhältnisse entstehen müsste.

4. **Immer steht die Gesamtheit des Anerkennungsverhältnisses auf dem Spiel:** Willst du den beiderseits nützlichen Verkehr überhaupt aufgeben? Willst du mich schädigen? Wisst du mir mein Recht, das was du mir schon einmal anerkennt hast und worauf ich einen Anspruch habe, verweigern? Verweigerst du mir den Respekt, den ich verlangen kann? Weißt du, mit wem du es zu tun hast? Im diplomatischen Verkehr bilanzieren Staaten untereinander den **Stand ihrer Beziehungen**, d.h. ihre gesamte Zufriedenheit und Unzufriedenheit übereinander – stets im Lichte dessen, was sie im Hinblick auf die Erpressungsfähigkeit, die sie sich selbst zutrauen, meinen verlangen zu können. Darin die immer präsente Drohung mit dem Rückfall ins nackte Gewaltverhältnis.
5. **Internationale Streitschlichtungsverfahren und Organisationen** sind dazu da, dass die Streitparteien diesen Rückfall vertagen – und ausloten, ob sie Wege finden können, ihre

gegeneinander gerichteten Rechtsansprüche so zu einem Ausgleich mit ihren Druck- und Erpressungsmitteln zu bringen, dass sie sich damit zufrieden geben und sich bereit finden, ihr wechselseitiges Benutzungsverhältnis, das sie ja wollen, vorzusetzen. Vermieden werden sollen damit unnötige, vorschnell beschlossene Kriege – nicht der Krieg überhaupt. Im Gegenteil: Die Streitbeilegung ist ja ein Verfahren, das die militärische Gewalt quasi theoretisch, nur per Vorzeigen zum Einsatz bringt, um dem Gegner die Notwendigkeit des Nachgebens beizubringen. Wenn der sich auf diese Weise überzeugen lässt, um so besser. Wenn nicht, dann missachtet er das Gewicht, die Stellung, also das Recht der einen Macht in der Welt. Ihre Erpressungskraft wird durch den Gegner bestritten, beleidigt – und muss neu bewiesen werden.

6. [dies vielleicht wegen der Länge des Vortrags wegzulassen] Auch das Völkerrecht ist nicht als der aufgeschriebene Zwischenstand des globalen Respekts aller Mächte gegeneinander: Es definiert, was sie sich erlauben, d.h. als was sie sich anerkennen. Es ist ein Mittel, andere Nationen, die sich nicht prinzipiell anlegen wollen, an das zu erinnern und auf das zu verpflichten, was sie schon einmal unterschrieben haben. Es ist damit das Mittel der Staaten, die die militärische Macht haben, sich zum verbindlichen Interpretieren dieses Völkerrechts aufzuschwingen. Wenn diese Mächte die vereinbarte Form der Anerkennung nicht mehr ihrem Kräfteverhältnisse entsprechend finden, kündigen sie es und kämpfen ein neues Völkerrecht durch.

USA: Bisher war vom Völkerrecht Angriffskrieg verboten. Jetzt – Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen - ist die Wehrfähigkeit unbeliebter Staaten ein Angriff und ein Angriff auf die berechtigte Selbstverteidigung. USA kämpfen in der Welt das Recht durch, über die legitime Gewalt anderer Staaten zu entscheiden.

(Sogar das Kriegsrecht, das Recht im Krieg, dann wenn die Staaten nur noch als Vernichtungsmächte gegeneinander auftreten, zielt auf die Gestaltung des Krieges als Mittel der Fortsetzung des Benutzungsverhältnisses: Er gehört korrekt erklärt, mit Ultimatum und seiner Erfüllungsbedingung; beim Kampf soll das Töten und Zerstören nur auf die Machtmittel und Machträger des feindlichen Souveräns gerichtet werden, um seinen willen zu brechen und seine Kapitulation herbeizuführen; Kriegsgefangene gehören dann nicht mehr umgebracht, sondern korrekt behandelt; neue Diplomatie soll auf einen Waffenstillstand und eine Wiederherstellung der wechselseitigen Anerkennung auf Basis durch Krieg bewiesenen Kräfteverhältnisse – d.h. auf einen neuen Frieden - zielen.]

- IV. Weil der ganze Verkehr zwischen Staaten, jeder Vertrag und der Streit um ihn auf dem Gewicht der gesamten jeweiligen Macht beruht, betreiben die Staaten **neben der und als Basis der Konkurrenz um den ökonomischen Nutzen** aus ihren Beziehungen **eine Konkurrenz der militärischen Durchsetzungsfähigkeit**. Sie pflegen und verstärken ihre militärischen Fähigkeiten unabhängig von bestimmten aktuellen Handels- etc. Streitigkeiten. Durch ununterbrochene Rüstung mitten im Frieden übersetzen sie ökonomische erfolge, d.h. kapitalistischen Reichtum in zwischenstaatliche Macht. Und umgekehrt sichern sie mit den Mitteln ihrer kriegerischen Macht den Nutzen ihrer ökonomischen Beziehungen.

So ist dann nicht erst der Einsatz militärischer Erpressungsfähigkeit, sondern ihr Aufbau der Anstoß der schärfsten – kriegsträchtigsten Konflikte zwischen Staaten: sie erlauben sich ihre militärischen Fähigkeiten nicht: Abrüstungsforderungen; Krieg wegen der Rüstung der anderen. Das klingt tautologisch, ist es aber nicht. Weil die Gewalt der anderen Seite die Basis und das Mittel der Ausgestaltung der gesamten Beziehungen zu ihr ist, ist es in letzter Instanz dann immer nur die gewalt der anderen Seite, die ein Staat nicht mehr aushält. Sie bestreiten den eigenen Rang in der Welt – und damit alles das, was man ist und kann.

## B) Dasselbe am gegenwärtigen Irak-Krieg

1. USA kündigen den bisherigen Zustand der Anerkennung zwischen Staaten und wollen einen neuen etablieren. Sie kennen keinen Respekt vor anderen Souveränen mehr – das war eben eine Konzession, die aus einer Zeit geringerer Machtvollkommenheit der USA herröhrt und heute nicht mehr nötig gefunden wird. USA beanspruchen über die Bewaffnung anderer Staaten zu entscheiden. Was sie haben dürfen und was nicht, entscheidet sich am Sicherheitsbedürfnis der USA; ihre Kreise dürfen Staaten, die sie nicht mögen, nicht einmal mehr stören können.

Damit beanspruchen sie ein Monopol auf Kriegsgewalt in der Welt: Nur sie dürfen drohen können. Kein anderer Staat darf auch nur von Ferne in die Lage kommen, der militärischen Erpressungsfähigkeit der USA Schranken setzen zu können; umgekehrt müssen alle ihrer Erpressungsfähigkeit ausgeliefert sein.

2. Das neue Verhältnis der Gewalten ist die Basis von Neuerungen bei den ökonomischen Benutzungsverhältnissen. Wenn die USA die Anerkennung ihres Rechts zum Diktat auch gegenüber potenteren Partnern verlangen, dann werden sie es auch einsetzen.

Sie nehmen das Prinzip der imperialistischen Konkurrenz, d.h. das, worum zwischen den Staaten gerungen wird ganz für sich in Anspruch und entziehen es damit allen anderen: Für sich machen sie die Gleichung Interesse = Recht wahr: Was ihnen nützt, ist für die anderen verbindliche Vorgabe; Kompromisse und Konzessionen haben sie nicht mehr nötig, weil andere Mächte für sie kein unüberwindliches Hindernis mehr sind. Ebenso Gleichung Macht = Grundlage des nationalen Nutzens: Weil wir die Macht ausüben, sind wir auch die ersten Nutznießer der kapitalistischen Welt.

3. Darin liegt eine Kündigung der Sorte Weltmarkt, wie sie ihn eingerichtet hatten und wie er keine Selbstverständlichkeit ist: Nach 1945 galt: Alle Partnerstaaten, die sich zu Kapitalismus und Freihandel bekennen, haben die Erlaubnis zur mehr oder weniger freien Konkurrenz um die Nutzung der globalen Reichtumsquellen, Märkte, Arbeitskräfte, Rohstoffe – einschließlich der amerikanischen. Das ist nicht üblich, dass Imperialisten Kriege gewinnen und die Welt beherrschen, um dann die Benutzung der von ihnen beherrschten Welt mit Konkurrenten zu teilen.

Das wurde gewährt, 1. Weil die USA potente Partner in ihrem Kalten Krieg gegen die antikapitalistische Ausnahme, den Sowjetischen Block gebraucht hatten; es ihnen also auch ermöglichen mussten, sich kapitalistisch zu stärken. 2. Aber auch deshalb, weil die USA sich sicher waren, dass sie mit ihrem intakten, um Größenordnungen größeren und produktiveren Kapital ohnehin die automatischen Sieger der internationalen Konkurrenz und damit die ersten Nutznießer bleiben würden.

4. Schon lange sind sie unzufrieden mit dem Faktum, dass das nicht mehr selbstverständlich so ist. Ihre Partner – besonders Japan und Deutschland sind zu ökonomischen Weltmächten aufgewachsen, die ihren Erfolg durchaus auch auf Kosten des amerikanischen einfahren. So war das dann doch nicht gemeint mit der freien Konkurrenz.

Forderungen nach „burden sharing“ schon im Kalten Krieg. USA sehen sich ausgenutzt von Partnern, die die Konkurrenz erlaubnis nutzen und für die militärische Beherrschung der Welt bzw. Bedrohung des Ostblocks nichts oder nicht genug Aufwand = Kosten übernehmen.

Oder die Klage: Wenn die USA nicht der Sieger der Konkurrenz sind, dann kann sie nicht fair gewesen sein: Forderungen nach Öffnung Japans bis hin zur Pflicht, amerikanische Autos nicht nur hereinzulassen, sondern auch zuverlässig abzusetzen.

4. Jetzt kommen die USA von der andere Seite her:

Sie drohen an und verhängen Handelssanktionen gegen Frankreich und Deutschland, weil die keine Beiträge zu ihrem Krieg leisten. Wer bei der Durchsetzung des amerikanischen Kommandos über alle Staaten – also auch sie selbst – nicht mithilft und beim Irak nicht mitschießt, wird von der Ausbeutung des dortigen Öls ausgeschlossen. USA stellen sich vor als die ersten Besitzer der globalen Bereicherungsquellen, der anderen Staaten eine Genehmigung zur Konkurrenz um ihre Nutzung erteilen kann oder auch nicht, und der sie nach Maßgabe ihrer Dienste an der amerikanischen Vorherrschaft verteilt.

Die anderen müssen sich ihre Erlaubnis zu Konkurrenz durch Dienste an der amerikanischen Erpressungsfähigkeit verdienen. Eines ist damit schon einmal klar; soviel an den USA liegt, ist eine Übersetzung von ökonomischem Erfolg in imperialistisches Gewicht bei den Partnern schon einmal ausgeschlossen. Die

kommen nämlich beim Fehlen klarer Unterordnung gar nicht mehr zustande. Außerdem ist ausgeschlossen, dass andere Staaten ihren ökonomischen Erfolg gegen die und auf Kosten der USA erzielen, weil sie deren Genehmigung bedürfen.

**Der deutsche Friedenskanzler weiß, was da angesagt ist: Eine europäische Armee und mehr Geld für die Rüstung.**

[Eine mündliche Fassung des Vortrags kann von - [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) - heruntergeladen werden. Allerdings empfiehlt sich dafür entweder eine schnelle Internetverbindung oder eine „flatrate“ – es dauert nämlich.]